

„Free Banking“ gegen schlechtes Zentralbankengeld



MICHAEL VON PROLLIUS* • Juni 2009

Vor fast 500 Jahren schrieb Nikolaus Kopernikus in seinem „Memorandum über Geld und Inflation“: *„Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, grosse Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, dass sie schwerlich jemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht gleich beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheimfallen.“*

Ursache der ersten Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts ist schlechtes Geld. Das schlechte Geld wird von den Zentralbanken produziert. Ohne Zentralbanken hätte es die aktuelle Krise nicht gegeben. Allein seitdem US-Präsident Nixon am 15. August 1971 die verbliebene Gold-Teildeckung der Weltleitwährung US-Dollar aufgehoben hat, sind weit mehr als 100 Finanzkrisen zu beklagen. Erinnern Sie sich noch an die Schuldenkrisen in vielen Entwicklungsländern der 80er Jahre? Dann folgten in den 90er Jahren Finanzkrisen u.a. in Mexiko (1994/95), Asien (1997/98), ausserdem Russland, Brasilien, Argentinien, Türkei, als schleichende Dauerkrise Japan. Dass Zentralbanken und staatliches Geld für Stabilität sorgen, ist offensichtlich nicht mehr als ein Mythos – und ein Beleg für die erfolgreiche politische Dressur gutgläubiger Bürger.

Massenhafte Liquidität ist die Hauptursache der Krisen. Zu diesem Ergebnis kommt sogar der Abschlussbericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur Globalisierung der Weltwirtschaft. Die Liquidität hat nur einen Ursprung: Das staatliche Zentralbanksystem! Erst Zentralbanken haben eine unbegrenzte Vermehrung der Geldmenge ermöglicht. Die privaten Geschäftsbanken fungieren als ihr Transmissionsriemen. Zugleich bestehen enge Verbindungen und gleich gerichtete Interessen zwischen Big Government und Big Business.

Das so genannte Mindestreservesystem beruht auf Artikel 19 des Systems Europäischen Zentralbanken und schreibt vor, von 100 Millionen Euro Zentralbankgeld lächerliche 2 Millionen bei der EZB zu hinterlegen. Mit den verbleibenden 98 Millionen kann und wird eine Inflationierung der Geld- und

* Der Autor ist Ökonom und Mitbegründer von Forum Ordnungspolitik. Eine Version dieses Papers wurde am Forum Freiheit vom 17. Juni 2009 in Berlin vorgetragen.

Kreditmenge in einem revolving System betrieben. Erst seitdem das System zum Staatsmonopol erhoben wurde, ist das nicht mehr strafbar. Eine wichtige Aufgabe besteht in der Finanzierung des Schuldenstaates.

Zentralbanken sind Inflationsbehörden, darunter auch die EZB mit zeitweise zweistelligen Wachstumsraten der Geldmenge gerade in den letzten Jahren. Solange sie das Monopol für die Geldproduktion innehaben, wird es weitere geldpolitisch verursachte monströse Finanzkrisen und Konjunkturzyklen geben. Massive Geldentwertung existiert als Dauerphänomen erst seitdem es Zentralbanken gibt.

Friedrich August von Hayek wies auf die tiefere Ursache mit den Worten hin: „Keine Behörde kann im Vorhinein feststellen, sondern nur der Markt kann entdecken, was die ‚optimale Geldmenge‘ ist.“ Schlechtes Geld, im Mittelalter als Falschmünzerei bekannt, beeinträchtigt den Austausch von Gütern und Dienstleistungen und untergräbt die soziale Ordnung. Das Preissystem – Herzstück der Marktwirtschaft – wird durch die Inflationspolitik gestört und gerade die Zinsen können ihre Koordinationsfunktion nicht ausreichend wahrnehmen. Wir alle konnten in den letzten Jahren ausser Rand und Band geratene Preise auf den Immobilien-, Rohstoff- und Aktienmärkten beobachten – Vermögenspreisinflation lautete das Stichwort. Und die jüngsten Zinssenkungen von Fed, EZB und Bank of England auf ein lächerlich niedriges Niveau zur Liquiditätsversorgung des Finanzsystems erinnern an den Versuch einen Lungenkrebskranken zu heilen, indem man ihm eine zusätzliche Packung Zigaretten pro Tag verschreibt. Verzeihen Sie das drastische Bild, das von Steven Horwitz, Professor für Volkswirtschaftslehre an der angesehenen St. Lawrence Universität in New York übernommen ist. In unseren Portemonnaies steckt Geld, das nicht – wie seit zwei Jahrtausenden – vom Markt kommt, sondern seit einem Jahrhundert staatlich gewaltbewährt zum Tausch vorgeschrieben ist und beliebig vermehrt wird.

Wie unethisch das Mindestreservesystem ist, lässt sich mit folgendem Bild verdeutlichen: Ursprünglich war eine wesentliche Aufgabe jeder Bank mit der Garderobe eines Theaters vergleichbar. Unsere Vorfahren haben Gold am Schalter hinterlegt und dafür eine Quittung erhalten. An dem Tag, an dem Sie das Gold benötigten, sind sie zur Bank gegangen, haben die Quittung vorgelegt und das Gold zurück bekommen. Das Mindestreservesystem erlaubt nun jeder europäischen Bank, Quittungen in Umlauf zu bringen, ohne dass es Mäntel gibt. Ausserdem dürfen vorhandene Mänteln verliehen werden, ohne dass Sie als Eigentümer ein Mitspracherecht haben. Während Sie also im Parkett der Oper Platz nehmen, wärmt Ihr Mantel gerade einen Spaziergänger im Park. Und wenn Sie in der Pause frühzeitig zur Garderobe gehen, wird man Sie mit einem Ersatz trösten müssen, weil Ihr Mantel noch verliehen ist. Sollten alle Theaterbesucher zur Pause gehen wollen, liegen ausser einer handvoll Mäntel möglicherweise nur noch ein paar Knöpfe und Gürtel in der Garderobe, so dass nur die ersten noch einen Mantel bekommen. Tatsächlich dürfen sogar Mäntel verliehen werden, die gar nicht existieren! Die stets latente Bedrohung des Mindestreservesystems ist ein

Garderobenrun – Korrektur: Bankenrun –, denn nur wer zuerst kommt, bekommt noch etwas. Als „lender of last resort“ stellt die Zentralbank unsolide arbeitenden Garderoben massenhaft Mäntel zur Verfügung, weil am Ende der Vorstellung weniger Mäntel vorhanden sind als abgegeben wurden. Beim „Bailout“ erhält eine Garderobe von der Zentralbank Mäntel, die seit geraumer Zeit von der Masse der Besucher gemieden wird, die eine andere Garderobe bevorzugen. Und uns will man weiss machen, die staatliche Produktion von immer mehr Mänteln wird uns aus der Krise helfen. Die Schuld sollen neben den gierigen Mantelbesitzern die gierigen Garderobenangestellten tragen, die sich an die staatliche Regel einer 2%-Mantelreserve gehalten haben.

Das Mindestreservesystem ist ein eklatanter Verstoss gegen Ihr Privateigentum und Ihre Verfügungsrechte. Er stiftet durch das Schaffen von Geld aus dem Nichts zu Moral Hazard, zu ungebremsster Spekulation und Gier an. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines solchen Pyramidensystems ist es, buntbedruckte Scheine in beliebiger Menge zu produzieren. Genau das ermöglicht und tut die EZB wie alle Zentralbanken auch – auf Knopfdruck, ohne Notenpresse. Das gesetzliche Zahlungsmittel ist eines der grossen Übel unserer Zeit – im Kommunistischen Manifest ist die Forderung nach einer Zentralbank Punkt 5 der Massregeln: *„Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschliesslichem Monopol“*.

Eine neue gerechte Geldordnung ist offensichtlich die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Angesichts der Überschuldung vieler westlicher Staaten wird das Thema „Währungsreform“ ohnehin eher früher als später auf der Tagesordnung stehen, verdeckt oder offen.

Deshalb steht heute auf der Agenda der Freiheit zu Begin die Notwendigkeit, die überkommene staatsmonopolistische Geldproduktion marktwirtschaftlichen Regeln und damit dem Wettbewerb zu unterwerfen. Nur so besteht die Hoffnung, staatspolitisch verursachte Krisen einschliesslich Massenarbeitslosigkeit und Inflation zu vermeiden. Friedrich August von Hayek begründete das Vorhaben wie folgt: *„Der Vorschlag, der Regierung das Geldmonopol und die Macht zu entziehen, Geld zum ‚gesetzlichen Zahlungsmittel‘ zu machen, mit dem alle vorhandenen Schulden zu tilgen sind, erfolgte hier in erster Linie, weil Regierungen diese Macht im Laufe der Geschichte ständig und unvermeidlich grob missbraucht und dadurch den automatisch arbeitenden marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus, nämlich das Preissystem, schwerwiegend gestört haben.“*

Nur zwei Jahre nachdem Hayek den Nobelpreis erhalten hatte, legte er mit „Die Entnationalisierung des Geldes“ seinen Vorschlag zu Beseitigung des staatlich angemassten Monopols vor: „Freihandel mit Geld“ und „Freihandel bezüglich der Bankgeschäfte“. Das künstliche staatliche Privileg eines gesetzlichen Zahlungsmittels wird durch die Zulassung privaten Geldes abgeschafft. Hayek formulierte seine Idee wie folgt: *„Der konkrete Vorschlag für die nahe Zukunft ... besteht darin, dass sich die Länder des Gemeinsamen Marktes ... gegenseitig durch formalen Vertrag binden, weder dem Handel in ihren gegenseitigen Währungen*

(inklusive Goldmünzen) noch einer in gleicher Weise freien Ausübung von Bankgeschäften seitens jeder in einem ihrer Territorien gesetzlich niedergelassenen Bank irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen.“

Erst durch die Re-Privatisierung des Geld- und Kreditsystems kann Geld wieder zu dem wertvollen Gut werden, dass es über Jahrhunderte war. Schliesslich ist Geld keine staatliche Erfindung, sondern Resultat eines sozialen Evolutionsprozesses genauso wie Traditionen und Recht auch. Geld ist ein indirektes Tauschmittel. Es dient dazu, den Austausch von Waren zu erleichtern. Das Geld tritt aber nur an die Stelle des Warenaustauschs. Erhebliche Schwierigkeiten entstehen folglich, wenn kontinuierlich der Austauschkurs zwischen Gütern, z. B. Arbeitszeit und Mänteln durch das Drucken neuen Geldes verändert wird, noch dazu wenn das heimlich geschieht. Gutes Geld ist knapp und nicht wie heute in inflationärem Ausmass vorhanden. Stets hatte nur staatliche Falschmünzerei desaströse Folgen. Auch für die Geldproduktion gilt: Der Wettbewerb sorgt für besseres Geld als es die Regierungen jemals produzieren würden, geschweige denn könnten. Der Wettbewerb zwingt die Emittenten, den Wert ihres Geldes konstant zu halten. Gutes Geld würde rasch schlechtes Geld ersetzen. Wer möchte schon Geld besitzen, das im Vergleich mit anderen Zahlungsmitteln ständig sichtbar an Wert verliert?

Der Übergang zum Free Banking wäre in einem zweistufigen Verfahren möglich. Zunächst würden die Verbindlichkeiten der Banken in einem festen Umtauschverhältnis z.B. an Gold angebunden, das noch in den Kellern der Zentralbanken lagert. Allen Geldhaltern würde zudem das Recht eingeräumt, ihre Bankguthaben jederzeit in Gold umzutauschen. Anschliessend würde das Geldsystem privatisiert, so dass die Menschen ihr Zahlungsmittel frei wählen und vertraglich vereinbaren können. Dann herrscht Freihandel mit Geld und bezüglich der Bankgeschäfte. Wie bei allen anderen Gütern auch wird sich Qualität durchsetzen, vielleicht in Form Gold gedeckter Währungen, die sich in der Geschichte durch besondere Werthaltigkeit und praktische Benutzung ausgezeichnet haben. Es ist Zeit, das schlechte staatliche Monopolprodukt zu ersetzen, schliesslich ist auch der Trabbi nur noch ein Überbleibsel für Ostalgiker. Der Staat könnte sich dann auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren: Den heute sträflich vernachlässigten Schutz des Eigentums durchzusetzen. Insbesondere darf niemand das Privileg erhalten, Dinge zu verleihen, das ihm als Depositen übereignet wurde. Denken Sie an die Garderobe im Theater.

Private Geldproduktion bedeutet das Ende der Zentralbanken als Monopolisten in ihrer heutigen Funktion, genauso wie das Ende der nationalen Währungs- und Geldpolitik. Das Bruchteilreservesystem verschwindet und die Zinsen werden nicht mehr manipuliert, sondern bilden sich auf natürliche Weise, in Abhängigkeit der Zeitpräferenz durch Angebot und Nachfrage. Zugleich gibt es weder den „lender of last resort“ noch „bailouts“ noch monetär bedingten „moral hazard“. Der Staat kann seine „Rettungen“ gegen den Markt ohnehin nur auf Kosten der Steuerzahler und der übrigen Bürger durchführen. Eine kostenlose Rettung gibt

es nicht. Mit den Worten Ludwig Erhards: Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes. Rettung bedeutet also Umverteilung. Die Zeche wird über Steuererhöhung, Staatsverschuldung und Inflation beglichen.

Free Banking wird systemrelevante Banken-Krisen genauso wie exzessive Konjunkturzyklen verhindern. Schliesslich ist die mit allen Wohlfahrtsstaaten verbundene horrende Staatsverschuldung zur Finanzierung von Kriegen und einer längst absurden Sozialpolitik ohne das staatliche Geldmonopol unmöglich.

Die Privatisierung des Geldes ist also nicht nur der Schlüssel für gutes Geld, sondern auch für eine drastische Beschränkung des Schuldenstaates und die Ausbeutung der Leistungsträger durch die Staatskleptokratie. Die Regierungen müssten ihre Danaergeschenke tatsächlich solide finanzieren. Staaten sind nicht mehr automatisch grenzenlos kreditwürdig. Finanzinstitute werden sich sorgfältig überlegen, ob sie Kredite für die Begünstigung von Sonderinteressengruppen wie Autobauer und Arbeitslose, Familien, Rentner und Studenten, Bauern, Banker, Kohlekumpel usw. usf. zu Wahlzwecken finanzieren möchten.

Um auf Kopernikus zurückzukommen: Freihandel mit Geld und Bankgeschäften mag für manche wie eine umstürzende Erkenntnis klingen, aber allen Überzeugungen zum Trotz: die Sonne dreht sich *nicht* um die Erde.

Eine Gesellschaft freier Menschen ist mit einem staatlichen Geldmonopol und einem gesetzlichen Zahlungsmittel unvereinbar. Zugleich sind gutes Geld und ein gutes Finanzwesen nicht unmöglich, sondern nur verboten.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Seefeldstrasse 24
8008 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2009, Liberales Institut.